

Zum Lohnabzug für die Einkommensteuer.

R. M. Bekanntlich sind die Unternehmer verpflichtet, vom 25. Juni ab allen Arbeitern und Angestellten 10 Prozent des Lohnes oder Gehaltes für die Reichseinkommensteuer einzubehalten. In den letzten Tagen erschien nun in dieser Angelegenheit noch folgende amtliche Mitteilung:

Der Arbeitgeber nimmt an, daß, wenn er den Arbeitslohn am Schlusse eines bestimmten Zeitraumes zahlt, er eine doppelte Rechnung aufmachen müsse: einmal, was sein Arbeitnehmer bis zum 24. Juni, und dann, was sein Arbeitnehmer vom 25. Juni an verdient. Diese Auffassung ist irrig. Dem zehnprozentigen Abzug unterliegt jeder Arbeitslohn, der vom 25. Juni an zur Auszahlung gelangt, und zwar auch dann, wenn er auf die vor dem 25. Juni liegende Zeit entfällt. Werden also Arbeitslöhne für die Lohnwoche vom 21. bis 26. Juni 250 M. ausbezahlt, so sind 10 Prozent von den ganzen 250 M. zu kürzen. Werden am 20. Juni 1000 M. Arbeitslohn für Juni ausbezahlt, so unterliegen die ganzen 1000 M. dem Abzug. Eine Auseinandersetzung also zwischen dem vor und nach dem 25. Juni verdienten Arbeitslohn findet nicht statt.

Diese Notiz ist insofern richtig, als der Arbeitgeber keine doppelte Berechnung vornehmen „muss“. Er ist aber dazu berechtigt. Eine Auseinandersetzung zwischen dem vor und nach dem 25. Juni verdienten Arbeitslohn „findet“ zwar nicht statt, es besteht aber keine Behauptung darüber, daß dem Arbeitgeber verboten ist, bei vierzehntäglicher Lohnzahlung, z. B. vom 14. bis 24. Juni, den Verdienst ohne Abzug auszugeben und den Verdienst für den Rest dieser Lohnzahlungsperiode entweder am Sonnabend, den 20. Juni, oder mit der nächsten Lohnzahlung zur Auszahlung zu bringen. Dasselbe gilt für wöchentliche und monatliche Lohnzahlung.

Es liegt im Interesse der Arbeiter und Angestellten, wenn diese selbst oder durch ihre Oberteile oder Betriebsräte den Unternehmer veranlassen, den bis zum 24. Juni verdienten Lohn an diesem Tage besonders auszugeben. Es handelt sich dabei nur um eine verhältnismäßig kleine Mäße, die jeder Betrieb auf sich nehmen muß.

Der Lohnabzug wird vom steuerbaren Einkommen vorgenommen, d. h. von dem tatsächlichen Verdienst ohne Rücksicht auf die durch Gesetz zulässigen Abzüge. Eine Berechnung der Abzüge findet für das laufende Steuerjahr 1920 erst im nächsten Jahre statt. Wenn man berücksichtigt, daß bei jedem Steuerzahler für die eigene Person 1500 M. steuerfrei sind, außerdem aber noch für die Frau 500 und für die Kinder ebenfalls 500 oder 700 M., so liegt auf der Hand, daß selbst dann, wenn man nur diese Abzüge berücksichtigt, der zehnprozentige Lohnabzug in Wirklichkeit viel größer ist, als die zu entrichtende Steuer. Es kann daher bei den heutigen hohen Preisen für alle Lebensmittel und Verbrauchsgüter den Lohn- und Gehaltsempfängern nicht gleichgültig sein, ob ihnen der Verdienst bis zum 24. Juni ohne oder mit Abzug ausbezahlt wird.

Es liegt auf der Hand, daß die gegenwärtig vorgeschriebene Praxis des unterchiedslos zehnprozentigen Lohnabzuges unter seinen Umständen ausreicht erhalten werden kann. Diese Art des Steuerabzugs ist im höchsten Grade unsozial. Je größer die Familie ist, desto höher ist der Betrag, der zu Unrecht abgezogen wird. Wenn auch eine spätere Berechnung stattfinden soll, so findet diese für das gegenwärtige Steuerjahr jedoch erst im nächsten Jahre statt. Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiter und Angestellten sind aber nicht der Art, und vor allen Dingen bei kinderreichen Familien nicht, daß sie monatelang beträchtliche Abzüge vornehmen und weiterem einen kleinen Kapital in diesen Abzügen sammeln lassen können. Heute braucht jeder Arbeiter das, was er verdient, unbedingt zum notwendigen Lebensunterhalt.

- Es muß daher darauf hingewirkt werden, daß
1. der Verdienst bis zum 24. Juni an diesem Tage ohne Abzug ausbezahlt wird,
 2. bei dem zehnprozentigen Abzug das steuerfreie Einkommen berücksichtigt wird,
 3. eine Freerrechnung der Lohnabzüge durch die Steuerbehörde auch für das laufende Steuerjahr bereits früher und nicht erst im nächsten Jahre erfolgt.

Lenins Brief an die englischen Arbeiter.

In dem vorstehenden Bericht der britischen Arbeiterdelegation wird der Brief Lenins an die britischen Arbeiter nicht erwähnt. Dieser Brief ist der Arbeiterpartei noch nicht mitgeteilt worden. Jedoch verlangt, daß Lenin scharf gegen England Stellung nimmt und erklärt, er sei keineswegs erbaut, daß der Standpunkt gewisser Mitglieder der Delegation sich nicht mit dem Standpunkt der Arbeiter, sondern mit dem der Bürger vereinbare. Diese Bürger bezeichnet er als eine Klasse von Ausbeutern. Er weist ferner auf die Abneigung der großen Weltmächte hin und auf die Abneigungen der Arbeiter. Ein Mitglied der Arbeiterpartei erklärte, es sei der Ansicht, daß dieser Brief keine guten Folgen für den Bolschewismus haben würde. Er bedeutete einen Angriff auf die britischen Arbeiter und die Arbeiterbewegung und würde sowohl von den Führern wie auch von den Mitgliedern der Partei zurückgewiesen werden.

Die „Morning Post“ über Lenin's Brief.

H. N. London, 12. Juni.
Der Brief Lenins veranlaßt die „Morning Post“ zu einem heftigen Angriff auf den Bolschewismus. Das Blatt erklärt, man solle Krassin sofort die Pässe ausstellen und ihn zwingen, das Land zu verlassen. Der erste Minister Großbritanniens könne nicht mit dem Vertreter der Sowjetregierung, die bereit ist, antibrutische Missionen zu führen, an einem Tisch sitzen. Lloyd George müsse nun endlich einsehen, daß er ebenso wenig mit den Bolschewisten zu Verhandlungen kommen könne, wie f. B. Goldene mit dem Prussismus. Wenn die Mitteilungen Lenins einen wesentlichen Teil der Politik von Moskau darstellen, müsse Krassin baldmöglichst abgeholt werden.

Der Ausgang der rumänischen Wahlen. Der Ausgang der Wahlen hat der Regierung Averescu eine unmarxistische Partei Mehrheit gesichert, da die regierende Volkspartei mit 215 Stimmen gegen 199 allein die absolute Mehrheit besitzt, ohne auf die Unterstützung der Sozialdemokraten rechnen zu müssen. Die rumänischen Sozialisten haben eine starke Niederlage erlitten, da sie nur 19 Mandate erreichen konnten. Inzwischen sind Take Jonescu und Bratianu zu Ministern ernannt worden. Dadurch erfährt die Regierung Averescu eine bedeutende Verstärkung.

Erweiterung englischer Verleihen durch England. Die englische Zeitung „Morning Post“ berichtet, daß die englische Industrie- und Bankiers, die drei größten englischen Verleihen zu erwerben. Dadurch würden die Engländer in den Besitz der besten bahnhafte der europäischen Welt in ein Länge von 12 Kilometern gelangen.

Gewerkschaftliches.

Deutscher Polizeibeamtengang.

Der Reichsverband der Polizeibeamten Deutschlands trat am Montag in den Kammerjahren zu seinem 2. ordentlichen Verbandstag zusammen. Es sind Vertreter der Polizeibeamtenvereine aus allen Teilen des Reiches zur Tagung erschienen. Der Verbandsvorsitzende Schröder betonte in seiner Begrüßungsansprache u. a. den gewerkschaftlichen Charakter der Organisation. Generalsekretär Dr. Brande schilderte das Wesen des Gewerkschaftswesens. Die Aufklärungsarbeit hätte in den Kreisen der Polizeibeamten noch wenig Erfolg erzielt. Die Kameradenvereine bezeichnen sich zwar als Gewerkschaften, arbeiten jedoch im alten Sinne weiter. Der Redner trat für eine Verknüpfung mit den Angestellten und Arbeitern ein. Nur dadurch wäre es möglich, in der Bevölkerung für die Bismarckforderungen Interesse zu erregen. Auch die Polizeibeamten kämen aus dem Volke und müßten deshalb zum Volke gehören. In der Aussprache traten alle Redner für die Durchführung des gewerkschaftlichen Gedankens in der Polizeiorganisation ein.

Der erste Tag schloß mit einem Meierat des Verbandsvorsitzenden Schröder über die Besoldungsreform und der Annahme folgender Entschlüsse.

Die in den Kammerjahren versammelten Vertreter der Polizeibeamten Deutschlands erklären hiermit, daß das Ergebnis der neuen Besoldungsreform in keiner Weise für die Polizeibeamten zufriedenstellend ausgefallen ist.

Die Polizeibeamten Deutschlands fordern neben einer durchgreifenden Besoldungsreform in die Erstellung hineingepuffert zu werden, worin sie ihrer Tätigkeit und Vorbildung nach gehören. Sie sehen als Mindestgrenze dafür die Klasse IV an.

Außerdem fordern die Vertreter der Polizeibeamten im Hinblick, daß ihr Dienst ein besonders anstrengender und gefährlicher ist, die Sondervergütungen, wie sie in den Schlussbemerkungen zur Besoldungsordnung Nummer 4-8 vorgeesehen sind.

Chemische Industrie!

Funktionärskonferenz der Arbeiter der Chemischen Industrie findet am Mittwoch, den 10. Juni 1920, abends 6 Uhr, in der Aula des Victoria-Theaters, Prinzengasse 51, statt. Tagesordnung: Unser Lohnstraf. Funktionärskarte legitimiert.

Streik in der Buchbinerei Emil Bette, Köpenickerstraße 28. Infolge der in der vorigen Woche in allen Buchbindereien aufgestellten Forderungen wurde die Kollegenchaft von der Firma Emil Bette glatt auf die Straße gesetzt. Entweder arbeiten — oder sofort entlassen, so lautet die Entgegnung, welche Herr Bette als Inhaber seinem Personal entgegenhielt. Bedinglich überverordnetes Ausreten dieses Herrn, welcher sich berufen fühlt, unbedingt von seinem Personal die 48stündige Arbeitszeit zu verlangen, ist schund, daß die Arbeit in dem Betriebe eingestellt wurde. Oder sollten noch andere Gründe vorhanden sein? Das Personal nimmt den ihm aufzunehmenden Kampf auf.

Die Kollegen und Kolleginnen in anderen Betrieben werden ersucht, auf Streikarbeit zu achten, als welche folgende zu bezeichnen sind: „Die Gegenwart“, „Murus“, „Tribüne“, „Chemiker“, „Opfer“, „Wohne- und Heim“, „Die Zukunft“, „Juristische Zeitung“, „Volksrecht“, „Kolonialwaren-Zeitung“, „Ton- und Pflanzkultur“, „Wochen-Diana“, „Ost und West“, „Industrie-Kurier“, „Die Welt“, „Diktoria“, „Der Volkswirt“, „Die Vorkriegszeit“, „Kriegs-Dank“, „Das Volk-Versteht“, „Gehilt und Kennbahn“, „Wanderbuch“ (vom Holz-Verlag), „Katalog“, „Wohlfahrt“, „Wanderbuch“.

Aktion Arbeiterkammer! Am Mittwoch, den 10. Juni, nachmittags 5 Uhr, findet im „Reichenberger Hof“, Reichenberger Straße 147, eine Vertrauensmännerversammlung für sämtliche Betriebe statt. Die Wichtigkeit der Versammlung macht es zur Pflicht, daß jeder Betrieb vertreten ist.

Revolverstreik und -brecherinnen. Die zum Donnerstag, den 17. Juni, einberufene Branchenversammlung der Metall-Revolverstreiker sowie -brecherinnen findet bereits um 5 Uhr nachmittags bei Wählich, Salfer Str. 22, statt.

Groß-Berlin.

Das Frauenwahlrecht in der Praxis.

Wie reaktionär die Gewährung des Stimmrechts an die Frauen in der Anfangszeit war, haben wir bereits an verschiedenen Beispielen gezeigt. Wir können diese Beispiele heute noch durch ein weiteres ergänzen.

In Lichtenberg wurde bei den Reichstagswahlen zum ersten Male in den Wahllokalen durch Auffstellung von zwei Urnen eine getrennte Abstimmung für Männer und Frauen vorgenommen. Diese Abstimmungsart ist in 92 von 94 Wahlbezirken durchgeführt worden, in denen insgesamt 41 010 Frauen- und 38 512 Männerstimmen abgegeben wurden. Davon entfallen auf

	Frauen	Männer
Kommunisten	294 = 0,7%	407 = 0,9%
U. S. P. D.	19 351 = 47,2%	19 249 = 49,9%
S. P. D.	7 055 = 18,0%	7 077 = 18,7%
Demokraten	2 054 = 5,0%	2 021 = 4,9%
Deutsche Volkspartei	5 499 = 13,2%	4 325 = 10,5%
Centrum	1 728 = 4,2%	1 120 = 2,7%
National-Demokraten	55 = 0,1%	60 = 0,1%
Wirtschaftspartei	1 011 = 2,5%	1 563 = 3,8%
Katholische Partei	1 = —%	2 = —%
Deutschnat. Volkspartei	2 397 = 5,8%	1 713 = 4,1%
Ungültig waren	413 = —%	343 = —%

Zusammen: 41 010 Frauen — 38 512 Männer
Von den für die drei sozialistischen Parteien (Kommunisten, U. S. P. D. und S. P. D.) abgegebenen 64 613 gültigen Stimmen entfallen demnach je rund 50 Proz. auf die Frauen und Männer. Wesentlich anders gestaltet sich das Verhältnis bei den mittleren und rechtsgerichteten Parteien. Bei den Demokraten ist der Unterschied noch geringfügig. An den insgesamt abgegebenen 4 075 gültigen Stimmen sind die Frauen mit 50,4 Proz., die Männer mit 49,6 Prozent beteiligt. Etwas daselbe Verhältnis ergibt sich für die Wirtschaftspartei, wo an den 2 000 gültigen Stimmen die Frauen mit 52,5 Proz., die Männer mit 47,5 Proz. beteiligt sind. Bei der Deutschen Volkspartei beträgt die Beteiligung bei insgesamt 4 768 gültigen Stimmen für die Frauen 55,7 Proz., für die Männer 44,3 Proz.; bei den Deutschnationalen: Frauen 58,2 Proz., Männer 41,8 Proz. (insgesamt 4 128 gültige Stimmen). Der größte Unterschied zeigt sich beim Centrum. Hier entfallen von 2 818 abgegebenen gültigen Stimmen rund 57 Proz. auf die Frauen und rund 40 Proz. auf die Männer. Auch die in der obigen Tabelle angegebenen Prozenziffern, die das Verhältnis zu sämtlichen abgegebenen Stimmen zeigen, lassen das größere Einreten der Frauen für die Reichsparteien erkennen.

Eine mißglückte Nachfertigung.

Der Magistrat Berlins fällt sich davon, auf unsern in Nr. 214 der „Freiheit“ veröffentlichten Artikel „Eine schändliche Verurteilung“ eine längere Erwiderung zu geben. Er weist darauf

hin, daß mit der betreffenden Verordnung beabsichtigt war, den vorhandenen Bestand an Müllkäufen in Groß-Berlin, der während des Krieges sich um etwa 14 000 Müllkäufe verringert habe, wieder zu erhalten. Dabei habe auf die Verwendung der Küchenabfälle nicht verzichtet werden können.

Wir haben selbst hervorgehoben, daß der Sinn der Verordnung verständlich ist, aber wie haben deren Zweckmäßigkeit, wie sie durch den Wortlaut und die Anweisung gegeben ist, bestritten. Wenn jemand Küchenabfälle, die noch zur Verwertung verwendet werden können, diesem Zweck entzieht, handelt er gewerkschaftsschädlich, und wenn dagegen mit Strafbestimmungen vorgegangen wird, ist dagegen nichts einzuwenden. Wir können aber nicht einsehen, warum auch Personen bestraft werden, die ja gerade die Küchenabfälle dem erwähnten Zweck, wenn auch indirekt, zuführen. Der Magistrat verlangt, daß Küchenabfälle in besonderen dazu aufgestellten Gefäßen gesammelt werden. Wie denn in der Praxis Folge geleistet wird, darüber sagt die Erwiderung selbst folgendes:

Die Sammlung der Küchenabfälle wird leider von der Bevölkerung sehr vernachlässigt. Müll, Papier, Glascherben, Radeln und dergl. werden zwischen die wertvollen Abfälle geschüttelt, so daß die Volkswirtschaft nicht selten mit schweren Erkrankungen sogar mit Verlust einer Milchkuh zu rechnen haben. Die vielen unbesorgten Abwohler der Abfälle aus den Vorortgemeinden fügen den Stadtbürgern, besonders in den Wintermonaten, erheblichen Schaden zu, was auf die Milchzeugung nicht unwesentlichen Einfluß hat.

Dadurch ist die Unzweckmäßigkeit der Verordnung am besten bewiesen. Viel besser ist es, die Bevölkerung über die Folgen hinzuweisen, ihre Küchenabfälle entweder direkt oder durch Vermittlung eines Dritten den Tierfarmen zuzuführen. Wenn dafür ein geringes Entgelt gezahlt wird, dann ist das nicht mehr als billig, denn die Abfälle besitzen doch auch noch einen gewissen Wert. Wir verbarren also auf unserm Standpunkt und fordern Aufhebung der Verordnung und der Strafverfügungen.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg.

Am Donnerstag, den 17. Juni, abends 8 Uhr, findet im Lehrervereinshaus, Alexanderplatz, eine Versammlung der Funktionäre statt. Tagesordnung: Unsere Stellung zur Regierungsbildung.

Die Distriktsleitungen und Ortsvereinsvorsitzenden werden ersucht, den Funktionären Ausweise zur Kontrolle zu veranlassen. Die Geschäftsleitung.

Die 30. Jahrfest des Turnvereins Fichte.

Von herrlichem Wetter begünstigt, ging die turnsportliche Veranstaltung, die der Arbeiter-Turnverein „Fichte“, Berlin, zur Feier seines 30. Gründungstages am Sonntag veranstaltet hatte, vor sich. Ein stattlicher Zug von jungem und altem Turnvolk, insgesamt 6000 Teilnehmer, traf sich mittags 12 Uhr am Mariannenplatz, um unter Beteiligung mehrerer Musikkapellen und einer zahlreichen Menschenmenge sich nach dem Vereinsturnplatz in Treptow in Bewegung zu setzen. Im Zuge selbst wurden die verschiedensten Wänche der Arbeiterpartei zum Ausdruck gebracht. Der Zug selbst bewies, daß in den Reihen der Arbeiterturner der richtige Geist in Bezug auf Körperpflege vorherrschend ist. Im Gegensatz zu dem bürgerlichen Spielplatzverbot am 9. Mai d. J.

Während der Zeit von 3-6 Uhr wurden auf dem großen Spielplatz im Treptower Park vor einer großen Zuschauermenge Massenübungen der etwa 4000 Kinder und etwa 2000 Turner und Turnerinnen gezeigt. Erhebend wirkten die Freiübungen der Kleinen. Großes Interesse jedes Einzelnen, zum Welling des Ganzen beizutragen, konnte man hier beobachten. Das stärkt den Geist und macht auch die Jugend zu selbständigen Wiederher der Gesundheit.

Weiter wurden Mannschaftskämpfe im Füllholenlauf, Faustball, und Schlagball usw. ausgetragen. Die Resultate sowie das Ergebnis des Sech- und Zwölfkampfes folgen am Schluß des Berichts.

In kurzen Worten gedachte der Vorsitzende Genosse Rosch des Kampfes des Turnvereins „Fichte“ während seines 30-jährigen Bestehens und forderte die Arbeiterpartei Groß-Berlins auf, weiterhin mit für die Ideale des Vereins einzutreten.

Resultate.

Sechskampfkampf. 1. Fichte; 1. Mannschaft 20 1/2 Punkte; 2. Fichte-Woabit; 1. Mannschaft 27 Punkte.

Zwölfkampfkampf. Männer-Oberstufe: 1. Schmidt, Fichte 17, 355 1/2 Punkte. Mittelstufe: 1. Modrian, Fichte 14, 443 Punkte. Frauen-Oberstufe: 1. Große, Fichte; 2. 388 1/2 Punkte. Mittelstufe: 1. Hädel, Fichte; 1. 394 Punkte. Jugendliche: 1. Klittenberg, Fichte 1, 420 1/2 Punkte.

Mühschule der Groß-Berliner Arbeiterpartei. Kurz-Vertrauensleute! Die nächste regelmäßige Vertrauensmännerversammlung findet am Mittwoch, den 10. Juni, abends 7 Uhr, im Zimmer 33 des Schullokalen statt. Es sind äußerst wichtige geschäftliche Dinge zu besprechen. Jeder Kurs muß mindestens einen Vertrauensmann entsenden. — Der Kurzus Vater-Liebe für Textilindustrie, Warschauer Platz 7/8, findet ab Mittwoch, den 16. Juni regelmäßig statt. Der Kurzus Deutsch von 6-14 Uhr findet nicht mehr in der Ringstraße 24, 111, sondern im Schullokal, im Zimmer 27, statt.

Republikanischer Führer-Bund, Ortsgruppe Kottbus. Am Mittwoch, den 10. Juni, abends 10 Uhr, veranstaltet vorliegende Ortsgruppe im Restaurant „Deutsche Post“, Wilhelm-, Ecke Friedrichstraße, eine öffentliche Volksversammlung mit dem Thema: „Wer schützt die Republik?“ Da diese Frage bei der politischen Unsicherheit eine brennende geworden ist, wäre ein starker Besuch erwünscht.

Erziehung für das Vaterland oder für die Menschheit! lautet das Thema einer öffentlichen Versammlung, die am Mittwoch, 10. Juni, 7 1/2 Uhr, im Saal 140 der Universitäts-Unter den Linden, stattfindet. Referent im Genosse Dr. Eisdel (Jülich). Freier Eintritt und Disposition. Veranstalter ist die Vereinigung sozialistischer Studenten Groß-Berlins.

Schnelvers. Annahmen für die Ferienkolonnen werden bis zum 21. d. Mts. in der „Freiheit“-Expedition Kolonnenstr. 40 und bei der Genossin Kopfsche, Sedanstr. 63, entgegenzunehmen. — In der öffentlichen Kommunalkolonneversammlung am Sonnabend ist ein Vortragsprogramm mit Inhalt angedacht worden. Abzuholen in der „Freiheit“-Expedition, Kolonnenstr. 40.

Wer ist der tote Anade? Aus dem Nordhafen gelandet wurde gestern in der Nähe der Adler Brücke die Leiche eines unbekannten Anades von etwa 6-7 Jahren. Der Kleine, der wahrscheinlich beim Spielen ins Wasser gefallen und ertrunken ist, ist 1,1 Meter hoch und schlank, hat ein sonnenerwärmtes Gesicht und trug eine dunkelbraune Leinwandhose und ein weiß-rot gestreiftes Hemd.

Veranstaltungen Wetter für Berlin und Umgegend am Mittwoch: Fortdauernd trocken und überaus heiß, nachts kühl, in den Tagesstunden mäßig warm bei ziemlich felschen wüßlichen Winden.

Freie Welt

Neue Nummer!

Bilder aus Deutschland, Russland, Amerika, Dänemark, Viel Unterhaltungsstoff, Heft 50 Biennale

